

# Wenig Interesse an Beteiligung Junge Menschen sind von direkter Demokratie nicht überzeugt

Marcus Spittler

„So, we can no longer save the world by playing by the rules. Because the rules have to be changed. Everything needs to change. And it has to start today. So, everyone out there, it is now time for civil disobedience. It is time to rebel.“ (Greta Thunberg 2019)

Spätestens seit Anfang 2019 ist die von der schwedischen Schülerin Greta Thunberg gegründete Umweltschutzbewegung Fridays for Future auch in Deutschland angekommen. Jeden Freitag demonstrieren bis zu 1,4 Millionen überwiegend junge Menschen für eine Reduzierung von CO<sub>2</sub>-Emissionen, eine unverzügliche Bekämpfung der Ursachen des Klimawandels und damit auch für die Rechte ihrer und nachfolgender Generationen. Zu den neuen Umweltschutzbewegungen, die sich außerhalb der politischen Institutionen, vor allem unabhängig von der Partei Die Grünen formiert hatten, gehört auch der deutsche Ableger der Extinction Rebellion, die mit vermeintlich radikalerem Auftreten und Maßnahmen des zivilen Ungehorsams, wie dem Blockieren von Straßen, auf sich aufmerksam macht. Als eine von nur drei Kernforderungen nennt Extinction Rebellion dabei die Einführung von Bürger\*innenversammlungen. Solche Versammlungen, deren Besetzung mithilfe eines quotierten Losverfahrens aus der Bevölkerung gezogen wird, sollen nach Vorstellung der Demonstrierenden „die notwendigen Maßnahmen gegen die ökologische Katastrophe und für Klimagerechtigkeit einberufen. Die Regierung muss nach deren Beschlüssen handeln“ (<https://extinctionrebellion.de/wer-wir-sind/unsere-forderungen/bv/>).

Damit übernimmt die Umweltschutzbewegung eine Idee, die in der Demokratietheorie unter dem Begriff der deliberativen „Mini-Publics“ verhandelt wird. Der Zweck dieser Mini-Publics ist es, die Schwäche der repräsentativen Demokratie, die bei der Verdichtung des Wähler\*innenwillens auf einige wenige gewählte Parlamentarier\*innen zwangsläufig entsteht, zu mildern und die Distanz zwischen Volk und gewählten Vertreter\*innen zu verringern. Doch wie sind solche Forderungen zu deuten? Ist der Wunsch nach vermeintlich neuen, direktdemokratischen Partizipationsformen Ausdruck eines grundsätzlich anderen Demokratieverständnisses der Protestierenden? Falls ja: Ist dieses Demokratieverständnis geprägt von liberalen Freiheitsvorstellungen, die auch den Schutz von Minderheiten und andere Grundrechte im Blick haben? Oder kann man bei jungen Erwachsenen heute ein ausgehöhltes Verständnis von Demokratie diagnostizieren, das auf Mehrheitsentscheidungen reduziert ist? Zeugen ihre Forderungen gar von einem fehlenden Glauben an die Legitimität der repräsentativen Demokratie?

In einem Gemeinschaftsprojekt der Bertelsmann Stiftung und des WZB haben wir mit dem Demokratiemonitor die Einstellungen von in Deutschland lebenden Personen zu Wahlen, Demonstrationen und generellen Fragen von Legitimität erhoben. Aufgrund der großen Zahl an Befragten – es wurden die Daten von ca. 4.000 Personen verwendet – war es uns möglich, einzelne Alterskohorten zu untersuchen, ohne dass die Untergruppen zu klein werden. Genauer wollten wir wissen, wie sich die Beurteilung der Legitimität von „Wahlen und alternativen Partizipationsformen“ auf die Demokratiezufriedenheit eines Befragten auswirkt und ob es dabei Unterschiede zwischen jungen Menschen (jünger als 35 Jahre) und Älteren gibt. Wahlen und Partizipation verstehen wir hier als die beiden Dimensionen der Demokratie, die für die Bewertung der Input-Legitimität einer

**Summary:** Since 2019, many young adults have been taking to the streets for better climate protection. At the same time there are also calls for more direct democracy. In a Germany-wide study we compared the attitudes of young adults with those of older people. On the one hand, they have lower expectations of elections and alternative forms of participation and they play only a minor role in their satisfaction with democracy. In fact, these results cannot be interpreted as a call by young people for more opportunities to participate.

**Kurz gefasst:** Seit 2019 gehen viele junge Erwachsene für einen besseren Klimaschutz auf die Straße. Dabei werden auch Forderungen nach mehr direkter Demokratie laut. Wir haben in einer deutschlandweiten Studie die Einstellungen von jungen Erwachsenen mit denen Älterer verglichen. Zum einen haben die jungen Erwachsenen niedrigere Erwartungen an Wahlen und alternative Partizipationsformen, und diese spielen für ihre Demokratiezufriedenheit auch nur eine untergeordnete Rolle. Tatsächlich kann man die Ergebnisse nicht als Ruf der Jugend nach mehr Beteiligungsmöglichkeiten verstehen.



Marcus Spittler ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Demokratie und Demokratisierung. Er forscht im Bereich der vergleichenden Demokratie- und Wahlverhaltensforschung. Dabei gilt sein besonderes Interesse den Einstellungen junger Erwachsener, die er europaweit untersucht.

[Foto: David Ausserhofer]

[marcus.spittler@wzb.eu](mailto:marcus.spittler@wzb.eu)

Demokratie verantwortlich sind. Mit Input meinen wir alle Aspekte, die es den Bürger\*innen ermöglichen, Einfluss auf den politischen Prozess zu nehmen. Beurteilt beispielsweise eine Befragte den Wahlgang in Deutschland als unfrei und hat gleichzeitig normativ höhere Erwartungen, so stellen wir ein Legitimitätsdefizit fest. Da es sich dabei um eine subjektive Bewertung handelt, sprechen wir vom Legitimitätsglauben. In einem weiteren Schritt prüfen wir dann, wie sich ein fehlender Legitimitätsglaube auf die Demokratiezufriedenheit auswirkt.

Es zeigt sich, dass Jüngere im Vergleich zu älteren Menschen stärkere Kritik an der Ausführung von Wahlen und auch niedrigere Erwartungen an sie haben. Die Jungen kritisieren nicht nur eine aus ihrer Sicht fehlende Fairness zwischen den Parteien beim Wahlgang, sondern sind auch skeptisch gegenüber einem zu großen Einfluss des Wähler\*innenwillens auf politische Entscheidungen. Insgesamt ist ihr Legitimitätsglaube in der Dimension „Wahlen“ zwar nicht niedriger als der von Älteren; allerdings basiert ihre Bewertung auf einer niedrigeren Erwartung. Anders sieht es im Bereich der allgemeinen Partizipation aus, insbesondere direktdemokratischer Verfahren. Hier liegt der Legitimitätsglaube der jungen Menschen sogar über dem der Älteren. Analog zur Dimension „Wahlen“ ist auch in der Dimension „Partizipation“ die niedrige Erwartung der Jungen ausschlaggebend. Entsprechend niedrig ist die Bedeutung der beiden Input-Dimensionen für die allgemeine Demokratiezufriedenheit der Jüngeren, unabhängig davon, ob es sich um allgemeine Partizipation oder institutionalisierte Verfahren handelt.

Für die Demokratiezufriedenheit der jungen Erwachsenen sind dagegen andere Aspekte wichtig, wie ein Nebenbefund der Untersuchung zeigt: Ihr Interesse an Politik ist ein wesentlich entscheidenderer Indikator für die Erklärung ihrer Demokratiezufriedenheit, als dies für Ältere gilt. Ist das politische Interesse bei jungen Erwachsenen niedrig, fällt auch deren Demokratiezufriedenheit deutlich niedriger aus. Hier ergibt sich ein Anknüpfungspunkt für politische Bildung, bei der es gilt, das Potenzial der Jungen zu wecken. Bemerkenswert ist auch, dass der Ost-West-Unterschied, der sich bei den Älteren noch hinsichtlich der Demokratiezufriedenheit ergibt, für junge Erwachsene nicht mehr zu finden ist.

Tatsächlich kann man die Ergebnisse also nicht als Ruf der Jugend nach mehr Beteiligungsmöglichkeiten verstehen. Vielmehr sind wohl die direktdemokratischen Forderungen der Extinction Rebellion als die Forderungen einer kleinen, nicht repräsentativen Gruppe zu betrachten, die nicht als Beispiel für einen generellen Einstellungsunterschied zwischen der jungen und den älteren Generationen passt. Allerdings, das hat der Vergleich der beiden Dimensionen Wahlen und Partizipation des Input-Legitimitätsglaubens gezeigt, ergibt sich der hohe Legitimitätsglaube junger Erwachsener vor allem aus deren niedrigen Erwartungen in beiden Teildimensionen.

Es bleibt jedoch offen, ob die hier gezeigten Einstellungen langfristig stabil sind. Ein Teil lässt sich vermutlich auf Alterseffekte und einen sich verzögernden Übergang der Jugendlichen ins Erwachsenenalter zurückführen. Man kann darauf hoffen, dass bei jungen Erwachsenen, sobald sie eine eigene Familie gründen, eigene Steuerzahlungen leisten und dadurch stärker in die Gesellschaft integriert sind, auch der Wunsch stärker wird, ihre eigenen Interessen bei Wahlen oder anderen Beteiligungsformen durchzusetzen und den beiden Input-Dimensionen der Demokratie eine höhere Relevanz beimessen. Sollten allerdings die Legitimitätsbewertungen innerhalb der jüngsten Alterskohorte stabil bleiben, so wäre für die Zukunft ein weiter sinkendes Partizipationsniveau zu erwarten. Die unterdurchschnittliche Wahlbeteiligung der Jugend und ihre in den vergangenen zwei Jahrzehnten gewachsene distanzierte Haltung gegenüber Wahlen legen einen solchen Trend nahe. Dieser Befund sollte zumindest im Auge behalten werden. Auch wenn Demokratien keineswegs die Partizipation aller bedeuten muss, so ist sie für ihre Überlebensfähigkeit doch auf ein Mindestmaß angewiesen.

#### Literatur

Goodin, Robert E./Dryzek, John S.: „Deliberative Impacts: The Macro-Political Uptake of Mini-Publics“. In: *Politics & Society*, 2006, Jg. 34, H. 2, S. 219–244.

Weßels, Bernhard: „Democratic Legitimacy“. In: *Mónica Ferrín/Hanspeter Kriesi (Hg.): How Europeans View and Evaluate Democracy*. Oxford: Oxford University Press 2016, S. 235–256.